Einzelpreis
0,55 DM
ISSN 0323–4940

# Neues Deutschland

SOZIALISTISCHE TAGESZEITUNG

Montag,
17. September 1990
B-Ausgabe
45. Jahrgang/Nr. 217

## Heute

● USA lassen andere den „Wüstenschild“ tragen
*Seite 2*

● Werden Munitionsbunker bald entsichert?
*Seite 3*

● Schatalins Fahrplan für den Weg zum Sowjetmarkt
*Seite 4*

● ELF 99 — flockig, attraktiv und Ratgeber für junge Leute
*Seite 5*

## Standpunkt

### Die Chance

*Der gesamtdeutsche Wahlkongreß der LINKEN LISTE/PDS ist abgeschlossen. War es ein Erfolg? Selbst wenn man berücksichtigt, daß man sich auf ein gemeinsames Wahlprogramm verständigte, viele interessante Ideen für die Bewältigung der Probleme der Gegenwart und für Wege in die Zukunft unterbreitete, wäre das Wort Erfolg wohl noch nicht angebracht. Warten wir den 2. Dezember ab. Aber dieser Kongreß machte die Chance deutlich, die vor den Linken in Deutschland steht.*

*Ich kann denen nicht zustimmen, die in der Debatte meinten, auf der Seite der Gewinner der Anschlußpolitik zu stehen bedeute, sich auf der falschen Seite der Geschichte zu befinden. Diese Sicht ist mir zu einseitig. Das zweifellos kapitalistisch motivierte Zusammennageln der beiden deutschen Länder führt zwangsläufig dazu, daß auch die Linken in Ost und West aneinandergeheftet werden. Damit trifft eine Fülle von Ideen, Utopien und praktischen Erfahrungen von linker Politik aufeinander. Sicher, vieles ist gegensätzlich. Das zeigte der Kongreß. Aber er zeigte auch: Das kann ausdiskutiert werden und neue alternative Politikangebote hervorbringen, für die dringlicher Bedarf besteht. Und es kann — ohne Vereinheitlichung und Bevormundung — die Linken in Deutschland und nicht nur dort im Kampf für eine gerechtere, demokratische Ordnung stärken.*

*Nicht von heute auf morgen ist all das möglich, aber eben viel schneller, als wenn Linke in Ost und West weiterhin ihr eigenes Süppchen gekocht hätten. Deshalb ist beim Abschied von der DDR nicht nur Trauer oder Pessimismus angebracht. Der Anschluß befördert nicht nur kapitalistische Interessen, sondern zugleich deren Gegner, das ist die Dialektik der Geschichte. Und das ist die Chance der Linken.*

UWE STEMMLER

LINKE LISTE/PDS beschloß auf gesamtdeutschem Kongreß ihr Wahlprogramm

# *Breites Bündnis für starke linke Opposition*

*Von KARIN WENK und UWE STEMMLER*

Auf ihrem gesamtdeutschen Wahlkongreß am Wochenende hat die LINKE LISTE/PDS ihr Wahlprogramm verabschiedet. Zwei Tage hatten die rund 800 Teilnehmer — Abgesandte aus den BRD-Landesverbänden der LINKEN LISTE/PDS, Delegierte von der PDS sowie unabhängige Linke der DDR — den Entwurf, der vor zwei Wochen veröffentlicht worden war, debattiert. Bis zum Schluß umstritten waren wirtschaftliche und ökologische Probleme, beispielsweise die Forderung nach dem sofortigen Ausstieg aus der Kernenergie. Das Plenum einigte sich schließlich, solche Streitpunkte im Programm festzuhalten und nicht durch findige Formulierungen zu vertuschen. Das fand die Zustimmung der überwiegenden Mehrheit; nur 16 Delegierte lehnten das Papier ab, 22 enthielten sich der Stimme.

Zur Eröffnung am Sonnabend hatten Walter Janka vom Ältestenrat der PDS, die Schriftstellerin Helga Königsdorf, als Parteilose Mitglied der Listenvereinigung, Jacob Moneta, ein Vertreter der linken Gewerkschaftsbewegung in der BRD, sowie Jutta Ditfurth von den Grünen in der BRD das Wort ergriffen und ihre Hoffnungen auf eine starke linke Opposition im künftigen gesamtdeutschen Parlament zum Ausdruck gebracht. In den folgenden Referaten von Andrea Lederer, LINKE LISTE/PDS Hamburg, Michael Mäde, Vereinigte Linke Berlin, und Gregor Gysi, PDS, wurde deutlich, welch unterschiedliche Erfahrungen und Vorstellungen von linker Politik auf diesem Kongreß zusammengeführt wurden. Zugleich bekräftigten sie, daß es jetzt darauf ankomme, mit Blick auf die Bundestagswahl das Einigende in den Vordergrund zu stellen.

„Wir haben uns in einer Breite zusammengefunden, wie es sie bei der linken Opposition in Deutschland vielleicht noch nie gegeben hat“, meinte Gysi. Das sei eine große Verantwortung, die wir jetzt gemeinsam tragen für eine starke linke Kraft in diesem Land, dessen Vereinigung große Gefahren, aber auch Möglichkeiten bringe. „Stellen wir uns den Tatsachen und lassen wir nicht zu, daß der Traum vom demokratischen Sozialismus untergeht.“

Das linke Wahlbündnis, das wurde sowohl im Plenum als auch in den acht Arbeitsgruppen klar, versteht sich als eine kritische Stimme in der Gesellschaft und in den Parlamenten für demokratische Grundrechte, für Umweltschutz, für Frieden, menschengerechtes Wohnen, gleiche Bildungs- und Ausbildungschancen. Gegen Großmannssucht und großdeutsche Hegemoniebestrebungen will man angehen.

Auf einer anschließenden Pressekonferenz der sechs Sprecher des Beirates der LINKEN LISTE/PDS, Marlies Deneke, Andrea Lederer, Helga Königsdorf, Gregor Gysi, Michael Mäde und Michael Stamm wurde resümiert, daß die Verschiedenartigkeit der Meinungen, die auf diesem Kongreß in zum Teil langwierigen Diskussionen zutage traten, geringfügiger war, als ursprünglich gedacht. Bei der Einschätzung der Chancen zeigte man sich optimistisch. „Wir erreichen mehr als 5, aber wahrscheinlich nicht über 10 Prozent“, sagte Gysi mit einem Augenzwinkern.

Michael Stamm trat vor der Presse erneut Behauptungen entgegen, es gäbe in der Bundesrepublik gezielte Abwerbeaktionen der LINKEN LISTE/PDS bei anreren Parteien, beispielsweise bei den Grünen, wo auch Geld im Gespräch sei. Derartiges Vorgehen stehe für dieses Bündnis außerhalb jeder Überlegung. Bundestagsabgeordnete der Grünen könnten der Listenvereinigung nur beitreten, wenn sie vorher ihr Bundestagsmandat niederlegen.

Am Sonnabend verabschiedeten die Teilnehmer der Konferenz eine Erklärung, in der sie ihre Sympathie für die Besetzer in der Berliner MfS-Zentrale bekundeten. *(Ausführlich Seite 6)*

# *Parteitag der PDS änderte Statut*

**Berlin** (ND). In Fortsetzung des I. Parteitages der PDS berieten und beschlossen am gestrigen Sonntag die Delegierten Änderungen des Statutes der Partei, die sich aus dem Anschluß der DDR an die Bundesrepublik Deutschland mit dem 2. Oktober 1990 ergeben. Die PDS wird auf der Grundlage des Grundgesetzes an der politischen Willensbildung des Volkes mitwirken. Zugleich beschlossen die Delegierten, daß nach dem Beitrittstermin Bürger der Bundesrepublik und Ausländer mit Wohnsitz in der Bundesrepublik PDS-Mitglied werden können.

Mit den Statutenänderungen wurden, wie Gregor Gysi und Wolfgang Pohl begründet hatten, Voraussetzungen geschaffen, um im künftigen Gesamtdeutschland als moderne, linke, sozialistische, demokratische Partei wirken zu können und im Wahlkampf erfolgreich anzutreten. Gysi hatte darauf verwiesen, daß die Bedingungen für das Wirken der PDS außerordentlich kompliziert geworden seien. Ringen um neues Selbstverständnis, geistige und politische Erneuerung war und ist gepaart mit der Auseinandersetzung mit Angriffen auf die Partei und ihre Mitglieder.

Die PDS müsse sich, auch wenn sie diese forcierte Art des Anschlusses der DDR abgelehnt und bekämpft habe, jetzt den Konsequenzen dieser Entwicklung stellen. Gysi: „Wir gehen den Weg zu *einer modernen, sozialistischen*, internationalistischen, demokratischen Partei konsequent weiter. Nach dem 3. Oktober sollen uns die Herrschenden in Bonn schon ganz und nicht nur halb haben.“

Der I. Parteitag beschloß, den II. Parteitag der Partei des Demokratischen Sozialismus für das erste Halbjahr 1991 nach Berlin einzuberufen. Er beauftragte den Parteivorstand, bei dem festzulegenden Delegierungsmodus für den II. Parteitag im Ausnahmefall die direkte Delegierung aus Arbeitsgemeinschaften, Interessengemeinschaften und Plattformen zu ermöglichen.

Sicherheitsrat der Vereinten Nationen

# *Irakischer Coup gegen Botschaften verurteilt*

**New York** (ND/ADN/AFP). Der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen hat in der Nacht zum Sonntag die Übergriffe irakischer Truppen auf diplomatische Vertretungen in Kuweit scharf verurteilt. Einstimmig wurde die Resolution 667 verabschiedet, in der das Eindringen von Armee-Einheiten in Botschaften als „aggressiven Akt“ gebrandmarkt wurde. Die französische Regierung reagierte ebenfalls in aller Schärfe auf den völkerrechtswidrigen Akt und kündigte die Entsendung weiterer Militäreinheiten in den Golf an. Die französische Militärpräsenz, so erklärte ein Sprecher, trage damit nicht nur defensiven Charakter. Gleichzeitig ergriff Paris diplomatische Maßnahmen und erklärte elf irakische Botschaftsangehörige zu unerwünschten Personen.

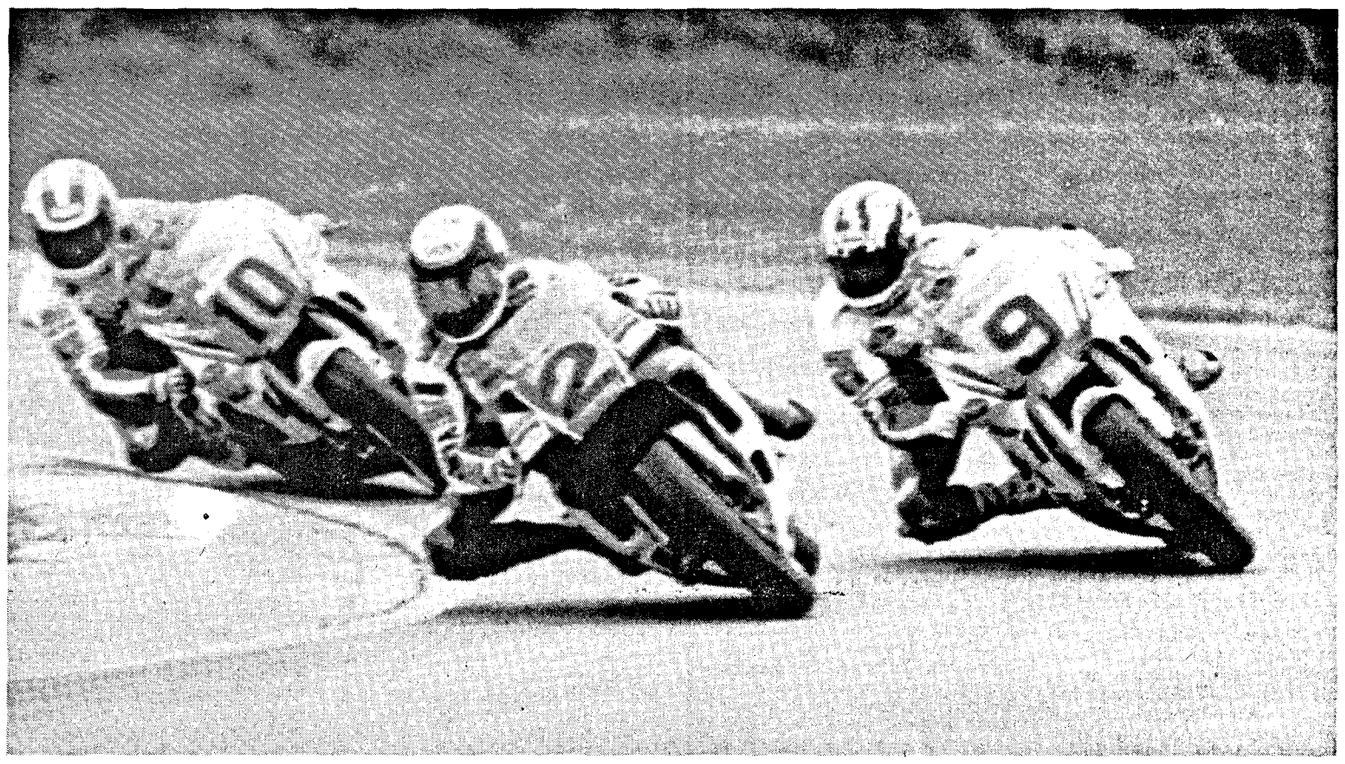
Irak hat inzwischen bestritten, daß Soldaten in das Botschaftsgebäude Frankreichs und den Niederlanden eingedrungen sind. *Für irakische Einheiten gebe es* „strenge Vorschriften“, diese Räume nicht zu betreten, sagte ein Regierungssprecher in Bagdad. Gleichzeitig ließ Iraks Staatschef Saddam Hussein am Sonnabend verkünden, alle alten und kranken französischen Staatsbürger dürften Irak und Kuweit verlassen. Auch aus Bonn kam am Sonnabend ein energischer Protest gegen das Vorgehen Iraks. Die Besatzer hatten in Kuweit zwölf deutsche Staatsangehörige an einen unbekannten Ort verschleppt.

Um die Okkupation Kuweits verwaltungsrechtlich abzusichern, hat Irak inzwischen den Minister für lokale Verwaltung zum Gouverneur von Kuweit ernannt.

In einer Ansprache an das irakische Volk, die am Sonntag vom Bagdader Fernsehen ausgestrahlt wurde, hat sich Bush für Frieden ausgesprochen. Die Videoaufzeichnung wurde im Anschluß vom offiziellen Sprecher des irakischen Präsidenten „kommentiert“. Dieser bezeichnete Bush als einen „Lügner“, als „Diktator der Welt“.

Der militärische Aufmarsch in der Golfregion wird durch die Entsendung von weiteren 6 000 britischen Soldaten verstärkt. Die Einheit ist mit 120 Panzern ausgerüstet. Auch sollen weitere Tornado-Jagdbomber ins Krisengebiet gebracht werden. Italien kündigte die Entsendung eines weiteren Kriegsschiffs und erste italienische Kampfflugzeuge an. *Ungarn erwägt ebenfalls, mit* medizinisch-militärischer Ausrüstung in den Golfkonflikt einzugreifen.

Unterdessen haben die irakischen Behörden die Grenzen zwischen Kuweit und Saudi-Arabien geöffnet. Damit sollen offensichtlich kuweitische Staatsbürger ermuntert werden, das Land zu verlassen. Allen Ausreisenden, so hieß es in Agenturberichten, würden sämtliche Papiere abgenommen.



WM-Lauf in der Klasse bis 500 ccm. Wayne Gardner (Australien/Nr. 10) gewann auf den Philip Islands vor heimischer Kulisse das letzte Rennen, den Titel aber hatte Wayne Rainey (USA/Nr. 2) vorher schon sicher. Pech für den Wuppertaler Stefan Prein. Ein Schalthebeldefekt an seiner 125er Honda verhinderte alle Titelträume
Telefoto: AP/Kennedy

**Eishockey**

Der EHC Dynamo Berlin unterlag in seinem zweiten Bundesligaspiel beim ERC Schwenningen mit 2:7 (0:4, 1:2, 1:1). Der PEV Weißwasser scheiterte auswärts knapp am Mannheimer ERC mit 5:6 (2:3, 0:2, 3:1).

**Fußball**

Meister Dresden kam auf eigenem Platz gegen Vizemeister Chemnitz nur zu einem 1:1. Es führt Rostock vor dem FC Sachsen. In der Bundesliga gewann Spitzenreiter München in Düsseldorf 2:1.

**Fallschirmsport**

Denise Bär (DDR) wurde Allround-Weltmeisterin in Bled. Dazu kamen auf das Konto unserer Mannschaft drei Silber- und zwei Bronzemedaillen. Junior André Heinze gewann das Zielspringen.

**Handball**

Beim Start der 1. Liga der Männer war der SC Magdeburg in Brandenburg 24:19 erfolgreich. Die Frauen des SC Leipzig siegten auch im vierten Spiel und führen in der Tabelle vor dem ASK Frankfurt.

**Leichtathletik**

Vor dem Fußballspiel Saarbrücken—Essen bestritten Christian Schenk und Christian Plaziat einen 1-Stunden-Zehnkampf. Das Resultat 7587:7572.
*(Mehr vom Sport auf den Seiten 10 bis 12)*

Nach Treffen Kohl–Baker zur Golfkrise

# *Bonn mit 3,3 Mrd. dabei*

**Oggersheim** (AFP). Die Bundesrepublik wird die USA und die von der Blockade gegen Irak betroffenen Länder mit 3,3 Milliarden Mark unterstützen. Das gab Bundeskanzler Helmut Kohl am Samstagabend in Oggersheim bekannt, wo er zu Gesprächen mit US-Außenminister James Baker zusammengetroffen war. Demnach wird Bonn den USA militärische Hilfe in Höhe von 1,6 Milliarden Mark leisten. Außerdem beteiligt sich die Bundesrepublik mit 420 Millionen Mark an dem von der Europäischen Gemeinschaft eingerichteten Hilfsfonds für die von der Blockade gegen Irak besonders betroffenen Länder wie Ägypten oder die Türkei.
*(Siehe Seite 2)*

UN-Konferenz der ärmsten Länder

# *Keine verbindlichen Zusagen*

**Paris** (AFP). Die zweite UN-Konferenz über die am wenigsten entwickelten Länder (LDC) ist am Wochenende in Paris mit einem Bekenntnis zu einer umfassenden „Entwicklungspartnerschaft“ zu Ende gegangen. Die Teilnehmer aus rund 130 Staaten einigten sich darauf, durch ein Aktionsprogramm in diesem Jahrzehnt für Entwicklung und Wachstum der Ärmsten zu sorgen. Dazu soll die Hilfe „substantiell“ erhöht werden. Verbindliche Zusagen wurden in Paris aber nicht gemacht.

Statt der von den 41 ärmsten Ländern geforderten generellen Anhebung der Entwicklungshilfe der Geberstaaten auf 0,2 Prozent ihres jeweiligen Bruttosozialprodukts wurden nur Leitlinien für die Entwicklungsbemühungen der neunziger Jahre vereinbart.

# *Visapflicht für Osteuropäer*

**Berlin/Bonn** (ADN/ND). Bürger aus Bulgarien und Rumänien dürfen künftig nur noch mit einem gültigen Visum in die DDR einreisen. Entsprechende Maßnahmen treten am 20. September in Kraft.

Begründet wird dies mit der von den alliierten Kontrollmächten aufgehobenen „Berlin-Kommandantura-Order 67/7“. Diese Bestimmungen garantierten bislang allen Bürgern aus Osteuropa einen visafreien Aufenthalt in Westberlin bis zu einer Dauer von 31 Tagen.

# *1,2 Millionen Wohnungen fehlen*

**Offenbach/Hanau** (ADN/ND). Vor der „sozial- und gesellschaftspolitischen Sprengkraft der Wohnungsnot“ hat der Vorsitzende der IG Bau—Steine-Erden, Konrad Karl, auf einer Veranstaltung in Hanau gewarnt. Hunderttausende Wohnungsuchende stünden auf der Straße, Mieter beklagten die Mietinflation, während die Bundesregierung die Sprengkraft nicht erkenne und die Probleme abzusitzen gedenke, beklagte er.

Nach Angaben des Präsidenten des Deutschen Mieterbundes, Gerhard Jahn, fehlen derzeit in der BRD mindestens 1,2 Millionen Wohnungen. Um den Bedarf zu decken, müßten mehrere Jahre lang jährlich 500 000 Wohnungen gebaut werden, in dieser Rechnung sei der Bedarf der jetzigen DDR noch nicht einmal berücksichtigt. Sowohl der Chef der IG Bau—Steine—Erden als auch der Mieterbundpräsident plädierten dafür, ein „Grundrecht auf Wohnen“ in die Verfassung aufzunehmen.

200 000 Moskauer demonstrierten vor den Toren des Kreml

# *Ruf nach Rücktritt Ryshkows wird lauter*

**Moskau** (ADN/AFP/ND). Zweihunderttausend Moskauer marschierten am Sonntag in einem kilometerlangen Demonstrationszug vom Gorki-Park zum Kreml. In Sprechchören und auf Transparenten forderten die Teilnehmer vor allem den Rücktritt der UdSSR-Regierung und bekunden ihre Unterstützung für den Radikalreformer Jelzin und sein Wirtschaftsprogramm. Zu lesen war unter anderem: „Jelzin — 500 Tage, Ryshkow — 600 Sekunden“, „Rücktritt der Regierung der Kommunisten“, „Kommunismus — die Pest des 20. Jahrhunderts“, „Gorbatschow und Ryshkow — wir glauben euch nicht“. Erstmals wurden auch Rufe nach Rücktritt Gorbatschows laut.

Auf der Kundgebung vor den Toren des Kreml, an der auch Moskaus Oberbürgermeister Gawriil Popow und andere Politiker teilnahmen, wurde ein Appell an den Obersten Sowjet der UdSSR mit der Forderung nach Rücktritt der sowjetischen Regierung verabschiedet. Popow bezeichnete den Ministerrat als „vom Politbüro formiert“ und als „letztes Monopol der KPdSU“. Das Land sei noch zu retten, wenn man unverzüglich zur Marktwirtschaft übergehe. Die Vereinigung aller demokratischen Kräfte Rußlands in einer demokratischen Union, die Entscheidung, wer den Reformplan erfüllen solle sowie der Rücktritt der Regierung seien dafür die drei wichtigsten Bedingungen.

Ryshkow erklärte unterdessen in einem Fernsehinterview, er werde weiterhin seine Positionen vertreten. Es liege beim Obersten Sowjet, der Regierung das Vertrauen wieder zu entziehen. Ryshkow wies die wiederholt geäußerte Kritik, er sei ein „Konservativer“, zurück und warnte vor den Gefahren einer „Schocktherapie“ für die Sowjetunion, wie sie in einigen Projekten zur Wirtschaftsreform vorgeschlagen werde. Als Beispiel zitierte er den Vorschlag, defizitäre Betriebe zu schließen. Im Kohlebergbau, so Ryshkow, hieße dies, 25 Prozent der Zechen, 120 von 500 dichtzumachen. Dadurch würden 270 000 Menschen arbeitslos. Er fügte hinzu, wegen „mangelnder Disziplin“ hätte Moskau in den ersten acht Monaten dieses Jahres lediglich 89 Prozent, Leningrad nur 73 Prozent der vorgesehenen Fleischmenge erhalten.

## Kurz

### Fernsehsender gesprengt

**Stepanakert.** Das Gebäude des Fernseh- und Rundfunksenders in Stepanakert, der Hauptstadt von Nagorny Karabach, ist in der Nacht zum Sonnabend von Unbekannten in die Luft gejagt worden, berichtete TASS.

### Namenwechsel

**Riga.** Die Unabhängige Kommunistische Partei Lettlands hat sich in Demokratische Partei der Arbeit Lettlands umbenannt. Diese Entscheidung fällte am Sonnabend der 2. Kongreß der Partei. Die Unabhängige KP *hatte sich vor fünf Monaten von* der Mehrheit der KP Lettlands abgespalten.

### Offensive abgewehrt

**Addis Abeba.** Die Eritreische Volksbefreiungsfront (EPLF) hat nach eigenen Angaben eine Offensive der Regierungstruppen zurückgeschlagen und dabei über 1000 Soldaten getötet. Wie der EPLF-Rundfunksender berichtete, seien außerdem 1900 Mann verletzt worden.

### Mordrate gestiegen

**New York.** In New York sind in den ersten sechs Monaten dieses Jahres 1100 Menschen ermordet worden. Dies bedeutet eine Zunahme um 28 Prozent gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres.

### Neue Flagge gesucht

**Peking.** Die Einwohner Macaus wurden aufgerufen, bei der Gestaltung der neuen Flagge mitzuhelfen, die ab 1999 über ihr Territorium flattern wird, wenn das Land an die Volksrepublik China zurückfällt.

Im Schatten des MfS: Dickicht von Beschuldigungen und Dementis / 2000 bei Soli-Rock für Bürgerrechtler

# *Angst des Premiers: „... dann gibt es Mord und Totschlag“*

**Berlin** (ADN/ND). Mehr als 2000 Menschen und ein guter Teil östlicher Rockprominenz solidarisierten sich am Sonntagabend vor den Toren der ehemaligen MfS-Zentrale mit den Besetzern in der Ostberliner Ruschestraße. Die Künstler — unter ihnen Silly, Rockhaus, Pankow, Wilderer, Angelika Weiz, Gerhard Gundermann und Stefan Körbel — unterstützten mit einem Konzert die Forderungen der 22 Bürgerrechtler, die seit zwölf Tagen ausharren. Seit Mittwoch im Hungerstreik, verlangen sie die Festschreibung des Volkskammerbeschlusses zum Umgang mit den Stasi-Akten im Einigungsvertrag.

Für Zündstoff sorgte am Wochenende weiter die „Schwarze Liste“ mit den Namen von 68 Parlamentariern und vier Ministern. Bei den auf der Liste Stehenden haben sich nach Prüfung durch den zuständigen Volkskammerausschuß Verdachtsmomente auf eine mögliche Stasi-Vergangenheit ergeben. Im Klartext: Wer *auf der Liste steht, kann möglicherweise* für die Staatssicherheit gearbeitet, muß dies aber nicht getan haben. Das Auftauchen auf der Liste beweist also noch nichts. Für einige Medien kein Grund, den Schleier nicht doch zu lüften.

Nachdem zunächst der ehemalige Stasi-Chefauflöser Werner Fischer Umweltminister Karl-Hermann Steinberg (CDU) der Mitarbeit im MfS beschuldigte, gelangten durch Zeitungsberichte nun auch Verteidigungsminister Rainer Eppelmann (CDU), Bauminister Axel Viehweger (FDP), Exwirtschaftsminister Gerhard Pohl (CDU), der Minister im Amt des Ministerpräsidenten Klaus Reichenbach (CDU) und der frühere Forschungsminister Frank Terpe (SPD) ins Zwielicht.

Eppelmann nannte inzwischen die Anschuldigungen „erstunken und erlogen“. Viehweger verwies darauf, daß es bei ihm erst im April eine Sicherheitsüberprüfung gegeben habe. Erst danach sei er fürs Ministeramt nominiert worden. Auch Reichenbach dementierte. Steinberg hatte schon am Freitag alles zurückgewiesen und verlangt Akteneinsicht, Viehweger desgleichen. Der Vorsitzende des Sonderausschusses, Joachim Gauck, hat Fischer jetzt vorgeworfen, sich mit der Namensnennung strafbar gemacht zu haben. Es sei immer die Politik des Ausschusses gewesen, keine Namen öffentlich zu nennen, damit niemand „ungerechtfertigt in die Bredouille kommt“, sagte Gauck.

Zu den Merkwürdigkeiten im Dickicht von Beschuldigungen und Dementis gehört, daß dem für die MfS/AfNS-Auflösung zuständigen Innenminister Diestel die Liste der 68 und vier nicht vorliegt. Diestels Ministerium stellte klar, daß der Minister keine Kenntnis habe, welche Parlamentarier belastet sind und welche nicht.

Diestel selbst ist durch einen amtlich bestellten Erfurter Stasi-Ermittler erneut angegriffen worden. Der Minister — so die Beschuldigung — habe durch Verzögerungen und Verfahrenstricks die Aufklärung der Stasi-Vergangenheit von Volkskammerabgeordneten behindert.

Den Standpunkt, die Stasi-Akten nur in ganz bestimmten Fällen — zur Aufklärung von Verbrechen oder zur Rehabilitation — einsehen zu lassen, bekräftigte Ministerpräsident Lothar de Maizière am Wochenende. Auf keinen Fall dürften einzelne Personen ihre Akten erhalten. „Dann gibt es keinen Nachbarn, Freund oder Kollegen mehr, dann gibt es Mord und Totschlag.“

# Gesamtdeutscher Wahlkongreß der LINKEN LISTE / PDS

Walter Janka, PDS-Ältestenrat

## Wer Kohl wählt, wählt Arbeitslosigkeit in der DDR

Linke Politik muß sich grundsätzlich von der Politik etablierter Parteien, die ihre Existenz allein mit dem Konzept kapitalistischer Marktwirtschaft rechtfertigen, unterscheiden. Nirgends in der Welt hat die kapitalistische Marktwirtschaft, auch da nicht, wo sie ökonomisch noch einigermaßen funktioniert, wie z. B. in der Bundesrepublik, bewiesen, daß sie die beste Produktionsweise aller denkbaren gesellschaftlichen Produktion ist. Kapitalistische Marktwirtschaft, wie sie jetzt erbarmungslos auch in der DDR übergestülpt wurde, hat der westlichen Welt seit Jahrzehnten weit über 50 Millionen Arbeitslose beschert ...
Wer Kohl wählt, wählt Arbeitslosigkeit in der DDR. Und er wählt, daß Kapitalisten in der Bundesrepublik auf dem Boden der ehemaligen DDR ihre gewinnbringendsten Geschäfte fortsetzen können. Daran sollten alle Wähler denken, bevor sie im Oktober oder Dezember ihre Stimme abgeben.

Jutta Ditfurth, DIE GRÜNEN, BRD

## Gemeinsame Opposition gegen den deutschen Größenwahn

Ich bin Mitglied einer Partei, deren Gremien zur Zeit keinen ärgeren Feind zu kennen scheinen als euch. Alles schwindet hinter dieser offensichtlich politischen Organisation — das Kapital, die Bundesregierung, die NATO und die SPD gleich mit ...
Paradox ist: Es sind die gleichen Grünen, die jetzt eine kritische inhaltliche Auseinandersetzung und eine punktuelle Zusammenarbeit mit der LINKEN LISTE/PDS bekämpfen, die grüne Programmatik dann fallenlassen, sobald SPD, F.D.P. oder gar die CDU mit Koalition oder Pöstchen winken.
Ich wünsche mir, daß neben den Grünen im kommenden „Reichstag" auch die LINKE LISTE/PDS vertreten sein wird — nicht nur als Antwort auf die Wahlrechtsmanipulationen, die 15 Prozent der Menschen der DDR aus dem künftigen Parlament ausschließen sollen. Gemeinsame Opposition gegen den deutschen Größenwahn ist angesagt. Dieses Großdeutschland hat uns wahrhaftig verdient!

Helga Königsdorf, parteilos

## Von der Gefahr, daß äußere zu inneren Grenzen werden

Daß ich nun doch hier stehe, das liegt im Prinzip an einem Essen mit Thüringer Klößen. Ich war in meinem Heimatort, die Wirtin hatte Thüringer Klöße gekocht, und wir saßen am Tisch versammelt, alle ehemalige Thüringer, die es in alle Richtungen dieses Landes verschlagen hatte, nach Hessen, nach Preußen und eigentlich ist es so üblich und ich hatte es auch erwartet, daß man sich über die verschiedenen Kloßrezepte streitet. Denn das Essen von Thüringer Klößen hat Ähnlichkeit mit linker Politik. Dieser Streit wird sehr erbittert geführt, aber das wichtigste ist doch immer noch, daß sie alle zur selben Zeit die Thüringer Klöße essen.
Ich bin anschließend dann gewandert zum Grenzgebiet. Ich hatte Gelegenheit, auf einen der Wachtürme zwischen Thüringen und Bayern zu steigen. Ich habe gedacht, eigentlich ist das eine sehr große Gefahr, daß jetzt diese Grenze, die äußere Grenze sich in eine innere Grenze verwandelt ...

Jacob Moneta, LINKE LISTE/PDS

## Wenn Menschen Mut haben, gibt es eine Alternative

Während uns am 3. Oktober wieder eine „historische Stunde" droht, lassen wir uns heute auf ein Wagnis ein, dessen Ausgang noch völlig ungewiß ist. Falsche Hoffnungen zu wecken, wäre verheerend für diesen Anfang von vorn. Noch schlimmer aber ist es, die Hoffnung zu verleumden, weil wir sie, zumindest zeitweilig, verloren haben ...
Es hat immer in der Geschichte eine Alternative gegeben, wenn Menschen den Mut hatten, für sie einzutreten und es verstanden, die Kräfte zu bündeln, die nötig sind, sie zu verwirklichen. Das ist es auch, was die LINKE LISTE/PDS zumindest zu tun versucht. Sie will einen anderen Ausweg anbieten als diejenigen, die den Zusammenbruch der bürokratischen Kommandowirtschaft vor allem als eine Quelle für die Vergrößerung ihrer Absatzmärkte und die Festigung ihrer herrschenden Stellung auf dem Weltmarkt sehen.

ANDREA LEDERER, LINKE LISTE/PDS, Hamburg

## Linke Ideen nicht vertreiben lassen

„Der uns vorliegende Programmentwurf war für mich in der Erarbeitung eine äußerst spannende und interessante Erfahrung", sagte Andrea Lederer aus Hamburg (LINKE LISTE/PDS) zu Beginn ihrer Rede. Von vornherein sei allen Beteiligten bewußt gewesen, daß es in Anbetracht der unterschiedlichen Geschichte und Erfahrungen und in Anbetracht der unterschiedlichen Herangehensweise und Positionen äußerst schwierig sein würde, ein gemeinsames Wahlprogramm zu erarbeiten. Eigentlich sei für einen Annäherungsprozeß der Linken in Ost und West ganz viel Zeit für Diskussionen und Meinungsstreit, Verständigung und Herausfinden auch der Dissense notwendig. Doch die Zeit werde durch den überhasteten Anschluß nicht gelassen. Manche, berichtete Andrea Lederer weiter, hätten deshalb zwischenzeitlich auch erwogen, eventuell ein Wahlprogramm für die DDR und ein anderes für die Bundesrepublik zu erarbeiten und das eventuell zu verbinden mit einer gemeinsamen Präambel, weil dieser Zeitdruck die Gefahr in sich birgt, Widersprüche zu verschleiern und scheinbar Einheitlichkeit vorzutäuschen.

„Wir haben uns allerdings aus drei Gründen entschieden, doch ein gemeinsames Wahlprogramm in Angriff zu nehmen. Erstens, wir wollen gemeinsam eine starke Opposition gegen deutsche Großmannsucht und gegen ein imperialistisches Großdeutschland, ein Deutschland der politischen, ökonomischen und möglicherweise auch militärischen Hegemonie entwickeln, gemeinsam gegen diese besorgniserregende Entwicklung Protest und Widerstand mit allen parlamentarischen und außerparlamentarischen Mitteln organisieren.

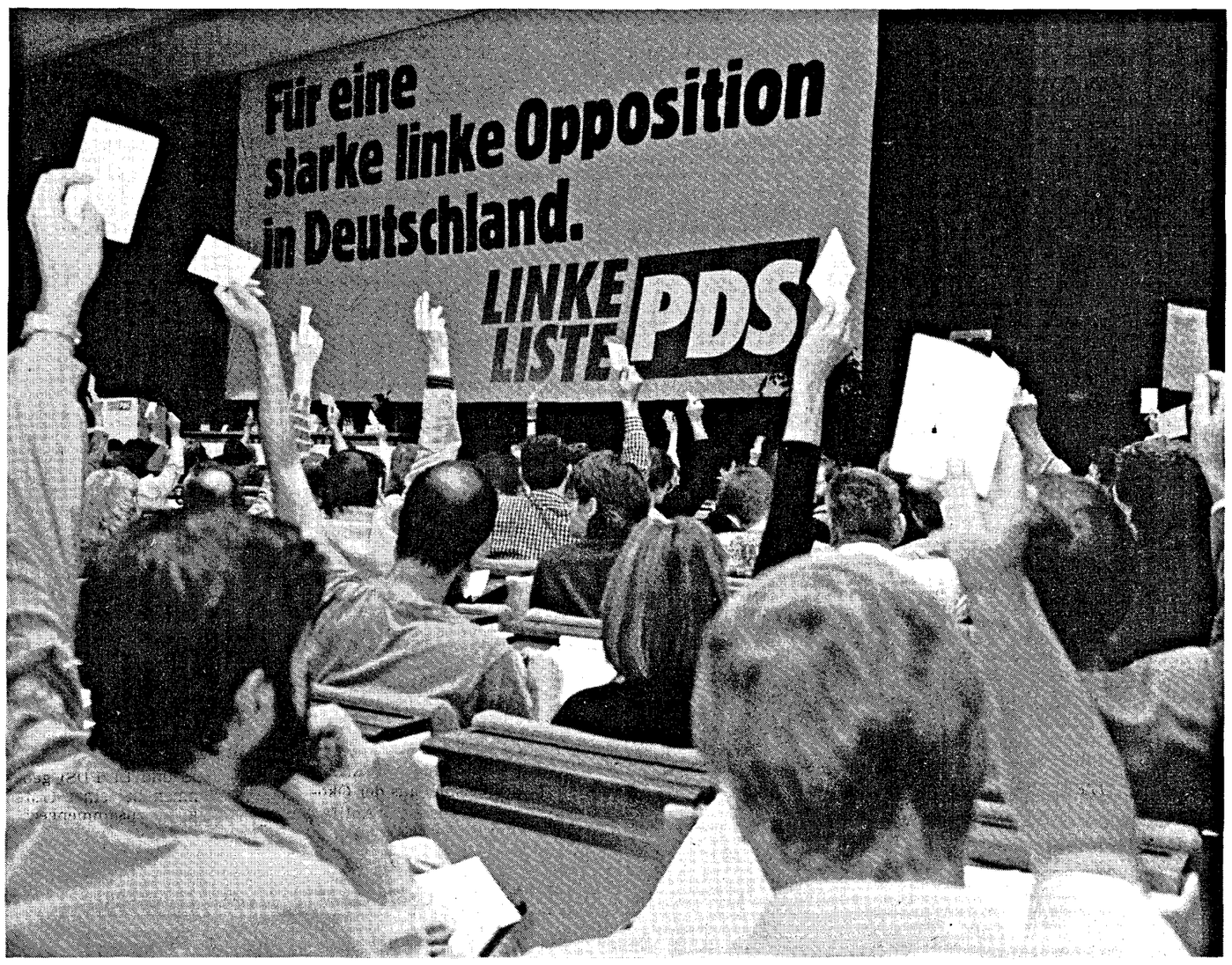
Zweitens. Wir wollen auch gemeinsam, auch wir in der Bundesrepublik, dafür sorgen, daß die Bevölkerung der DDR wenigstens eine authentische Vertretung ihrer Interessen im Parlament vorfinden wird, die nicht schon jetzt in devoter Form den Kopf an die Parteien in der Bundesrepublik abgegeben haben.

Drittens. Mit dem Antritt zur Wahl wollen wir auch einen Strich durch die Rechnung der Herrschenden machen, denen es darum geht, linke und sozialistische Ideen aus dem öffentlichen Leben, der öffentlichen Diskussion und aus den Köpfen der Menschen zu vertreiben."

Andrea Lederer kam auf Kontroversen, die auch in der Programmgruppe aufgetreten seien, zu sprechen. Es handele sich um Kontroversen, die zum Teil nicht einfach mit einer guten Formulierung geglättet werden konnten und die nicht in einer Einigung endeten, sondern die im Ergebnis als Dissens, als offener Widerspruch festzuhalten sind. Dies wäre einfach ein Ausdruck der realen Situation der Linken in Ost und West und würde noch einmal deutlich machen, daß es derzeit nur darum gehen kann, Opposition gegen ein Großdeutschland in ihrer ganzen Vielfältigkeit zu organisieren, politische Praxis gemeinsam zu entwickeln, wo das möglich ist, ohne uns aber unter den Druck der Vereinheitlichung zu setzen.

Oft klinge auch der Wunsch durch, doch schon jetzt an dieser Stelle eine neue Perspektive, eine linke sozialistische zu benennen, zu definieren und stückweit dieser Definition näherzukommen. Das könne nicht Aufgabe eines Wahlprogramms sein, dieses bereits zu versuchen. Es bedürfte vor allem wirklich ausführlicher differenzierter Debatten, die sowohl der Aufarbeitung der eigenen Geschichte als auch der Entwicklung linker, sozialistischer Positionen dient. Das sei bestenfalls nach dem 2. Dezember möglich, auch wenn sicher jetzt bereits in den Diskussionen sich Mosaiksteine dazu herausbilden werden.

Andrea Lederer begründete dann, warum es so wichtig ist, jetzt Linke zusammenzuführen zu einer starken Opposition. Ohne die Linken in allen ihren Facetten gebe es keine entschiedene Stimme gegen den nationalistischen Taumel, wie er teilweise auftritt, gegen Kanonenbootpolitik am Golf, gegen soziale Verelendung, Rassismus und Diskriminierung.




ND-Foto: Ulli Winkler

MICHAEL MÄDE, Vereinigte Linke in der DDR

## Fortschritt für Selbstverständigungsprozeß

Bei weitem nicht alle anstehenden Probleme hätten im Programmentwurf gelöst werden können, hatte Michael Mäde von der Vereinigten Linken in der DDR gesagt. Doch partielle Ratlosigkeit einzugestehen scheine eine Voraussetzung, schließlich wirklich zu neuen Antworten zu finden.

Das vorliegende Programm sei von einem deutlich hervortretenden Pragmatismus gekennzeichnet. Ein Wahlprogramm für vier Jahre, angefüllt mit konkreten Forderungen. Trotzdem sei es ein Fortschritt hinsichtlich des Selbstverständigungsprozesses innerhalb von Linken und enthalte nicht zuletzt Elemente, die auch einen wesentlichen Fortschritt in der Programmatik der PDS darstellen. Dies gelte insbesondere für den Bereich Antifaschismus, Feminismus, Ökologie. Hier seien auch deutliche Unterschiede zwischen den Linken aus Ost und West benannt und unverkennbar. Nachholebedarf bestehe unter anderem auf den Gebieten Ökonomie, Soziales, Wirtschaftsdemokratie, Ökologie.

Auf den Bereich von Kultur und Kunst eingehend, meinte Michael Mäde: „Solange wir nicht wirklich verinnerlichen, daß zu der von uns oft verbal formulierten und herbeigewünschten sozialen Selbstorganisation der Massen die kulturelle Selbstorganisation entscheidend dazugehört — und dies ist eine höchst praktische Angelegenheit —, solange wird uns ein wesentlicher Zugang zu ebendiesen Massen versperrt bleiben.

Solange wir uns nicht wirklich konstruktiv mit massenkulturellen Prozessen auseinandersetzen, werden wir uns nicht nur selbst Chancen zur eigenen Wirkung und Argumentation nehmen, sondern uns auch einen Teil der wirklichen Einsichten in die Bedürfnisse und Sozialisation der Menschen unzugänglich machen." Die Verachtung der kulturellen Bedürfnisse der Menschen, ihre Bevormundung und unerträgliche Gängelung sei eine oft unterschätzte Ursache für das Scheitern des Realsozialismus in der DDR gewesen. Trotzdem seien bestimmte kulturelle Erfahrungen in der DDR — sowohl in theoretischer wie in praktischer Hinsicht — aufzuarbeiten.

Wenn die LINKE LISTE/PDS nichts bewirke, resümierte Mäde, als einen behutsamen Annäherungsprozeß zwischen Linken in Ost und West, ohne Vereinnahmung, ohne Geringschätzung der jeweils anderen Erfahrungen und Einsichten, so sei nach seiner Überzeugung viel gewonnen. Es ergäbe sich daraus die Möglichkeit eines neuen Politikverständnisses, welches in der Lage wäre, über alle Meinungsverschiedenheiten hinweg verschiedene linke politische Kulturen produktiv zu machen. Dies sei nicht viel mehr als eine Voraussetzung für einen neuen Ansatz der Linken in Deutschland. Er müsse sich im Alltag der politischen Auseinandersetzung beweisen, in den Niederungen und Verführungen parlamentarischer Arbeit. Ebenso werde er sich messen lassen müssen am Grad der Verankerung der Linken in sozialen Bewegungen. Letzlich, so sagte der Vertreter der Vereinigten Linken, sei es im Moment nicht die Organisationsfrage. „Wir haben die Chance, jenseits der Organisation einen neuen Ansatz zu versuchen. Dies kann uns gelingen, wenn wir uns wirklich bewegen."

GREGOR GYSI, Vorsitzender der PDS

## Opposition heißt auch Alternative

Gregor Gysi sprach in seinem Beitrag eine Frage an, die insbesondere DDR-Bürgerinnen und -Bürger in Briefen zum Wahlprogrammentwurf äußerten: „Ist das Bestreben, eine starke Opposition bilden zu wollen, nicht defensiv? Kann das für die Wählerinnen und Wähler überhaupt attraktiv sein? Opposition ist für uns aber eine prinzipielle und realistische Haltung, mehr als eine Wartestellung für künftige Regierungsverantwortung", meinte Gysi. „Die Logik der Demokratie bringt es mit sich: Regierungen, wer sie auch trägt, und gerade Kohl-Regierungen, sind ersetzbar. Opposition ist unersetzlich. Dieses Land und seine Parlamente haben eine wirkliche Opposition nötig. Nicht eine der Art, wie es eine große Partei derzeit im Bundestag versteht, wir wollen nicht die Ja-aber-Opposition sein, sondern wichtige Fragen und Probleme öffentlich machen, auch im Parlament, und uns nicht wieder anpassen.

Wir wollen etwas für die Bürgerinnen und Bürger erreichen und verhindern, daß die Bäume des Kapitals in den Himmel wachsen und natürlich ein bißchen mehr. Opposition heißt für uns immer auch Alternative. Dennoch fragen uns viele: Hat es Zweck, euch zu wählen, wenn ihr doch von vornherein in die Minderheit kommen werdet? Wir haben also noch viel genauer zu erklären, was eine starke linke Opposition erreichen kann. Nämlich die Herrschenden im Parlament und außerhalb so weit wie möglich zu kontrollieren. Eine starke linke Opposition kann erzwingen, daß Regierungsarbeit öffentlicher und durchschaubarer wird. Und sie kann Alternativen anbieten, kompetente Vorschläge für praktische Politik. Und sie kann der Weltöffentlichkeit zeigen, es gibt Deutsche, die Widerstand leisten gegen hegemoniale und imperiale Bestrebungen eines Großdeutschlands."

Wer außer den Bürgerbewegungen und der LINKEN LISTE/PDS wird nach den Wahlen noch die Identität und die Interessen der Bürger der künftigen ostdeutschen Länder vertreten? Keine von den fusionierten, von den Bonner Parteizentralen demontierten bisherigen DDR-Parteien würde das können. Die PDS wolle viele Veränderungen. Aber auch differenzierte Aufarbeitung der Geschichte. Das Scheitern des sogenannten real existierenden Sozialismus in der DDR bedeute nicht, daß hier nichts geschaffen wurde, was bewahrenswert wäre und zum Teil sogar viel besser als in der Bundesrepublik ist. Das betreffe bestimmte soziale Leistungen, das betreffe den Mangel an einer Ellenbogengesellschaft, das betreffe ein erträgliches Maß an Arbeitsintensität, das betreffe auch bestimmte Rechte der Frauen, einschließlich der Fristenregelung; den höheren Kündigungsschutz für Arbeitsrechts- und Mietrechtsverhältnisse und die eigenständige Kultur, Rechte auch bestimmter Minderheiten, zum Beispiel Homosexueller.

Zugleich betonte Gysi: „Wir dürfen uns nicht von den internationalen Prozessen abkoppeln, obwohl begreiflicherweise viele DDR-Bürgerinnen und -Bürger derzeit von scheinbar näherliegenden unmittelbaren sozialen Nöten voll in Anspruch genommen werden. Die entschiedene Vertretung sozialer Interessen, der Kampf um Demokratie und soziale Gerechtigkeit im Innern ist jedoch nicht vom Kampf um Frieden, Abrüstung, Sicherheit und Gerechtigkeit in Europa und der Welt zu trennen ... Wir kommen nicht umhin: Der Kampf für eine gerechte Weltwirtschaftsordnung, wenn er ernst gemeint ist, wird letztlich immer ein antikapitalistischer Kampf sein!"

## Sachliche und heftige Debatten um das Wahlprogramm

Konstruktiv, kontrovers, sachlich und heftig war die Debatte um das Wahlprogramm der LINKEN LISTE/PDS am Wochenende im Haus am Köllnischen Park in Berlin. Die Zeit für diese Arbeit war knapp. Viele Streitpunkte wurden trotzdem tief ausgelotet — nicht nur in der Diskussion, sondern auch in acht Arbeitsgruppen, die teilweise bis in die Nachtstunden tagten.

### Neue Präambel erstritten

Einen großen Umfang nahm die Auseinandersetzung um die Präambel ein, die von vielen als der zentrale Punkt des Programms angesehen wurde. Hier war die Problematik, der unterschiedlichen Identität der Linken aus der BRD, der PDS-Mitglieder und der unabhängigen Linken in der DDR im pluralen Bündnis deutlich herauszuarbeiten. Selbstkritisches Verhalten und das Aushalten von Dissensen galt es ebenfalls klarer zu bestimmen. Die Oppositionsrolle der LINKEN LISTE/PDS innerhalb und außerhalb der Parlamente sollte eindeutig aus den gesellschaftlichen Notwendigkeiten abgeleitet werden. Am Ende mußte klar sein: Welches sind die Argumente, LINKE LISTE/PDS zu wählen?

So heißt es jetzt bereits im zweiten Absatz der Präambel, für die sich der Kongreß mit großer Mehrheit entschied, zur Identitätsfrage: „Die LINKE LISTE/PDS will eine kritische Stimme in der Gesellschaft und in den Parlamenten sein. Sie ist auch kritisch gegenüber sich selbst. Der Widerspruch und der Zweifel gehören zu unserem Selbstverständnis. Unsere Diskussionen und Vorstellungen haben Linke unterschiedlicher Herkunft im Westen mit einer Partei, die an ihrer Erneuerung arbeitet, und unabhängige Linke aus der DDR zusammengebracht. Nicht wenige von uns haben ihre linke Identität in Gegnerschaft zum ‚realen Sozialismus' erworben, andere haben dieses System zu lange toleriert oder unterstützt. Gemeinsam stehen wir — in durchaus unterschiedlicher Verantwortung — vor Trümmern einer gescheiterten Politik und der Anforderung, unsere eigene Geschichte nicht zu verdrängen, sondern daran zu arbeiten. Diese Bereitschaft gehört zu den Bedingungen der Zusammenarbeit, und deshalb haben wir uns für einen behutsamen Annäherungsprozeß entschieden. Dieser Prozeß schließt ein Politikverständnis ein, in dem verschiedene linke Kulturen innerhalb eines größeren politischen Zusammenhangs produktiv werden."

Kontrovers wurde es im Plenum und in der Arbeitsgruppe Wirtschaft, Soziales und Ökologie, als es um den Wirtschaftsteil des Programms ging. Die Aussprache über solche Fragen wie Wirkung marktwirtschaftlicher Mechanismen, was prinzipiell soziale Marktwirtschaft heißt, ob Kapitalismus überhaupt sozial sein kann und sofortiger Ausstieg aus der Atomenergie wurde von einigen zur Grundsatzdebatte hochstilisiert. Manchmal schien es, daß man statt an einem Wahlprogramm an einem Ideologie-Papier arbeitete. Gregor Gysi machte hier darauf aufmerksam, daß DDR-Bürger nicht innerhalb weniger Wochen Diskussionen nachholen könnten, die über viele Jahre in der BRD geführt worden sind. Die Menschen müssen ihre Sorgen und Nöte in unserem Programm wiederfinden, wir müssen ihnen in ihrer jetzigen seelischen Katastrophe helfen, meinte dazu ein PDS-Mitglied aus Berlin-Köpenick.

### Für Volksentscheide

Die unterschiedlichen Auffassungen zu alternativen Politikangeboten in der Wirtschaft — so wurde schließlich beschlossen — sollen im Programm festgeschrieben werden. Dies sei, wie Michael Stamm (LINKE LISTE/PDS) sagte, ehrlicher, als Dissens mit passenden Formulierungen zu vertuschen. Wir wollen ja nichts zusammennageln, sondern uns behutsam einander nähern, so Wolfgang Gehrke (LINKE LISTE/PDS). Und das sei eben im Konkreten schwer zu machen. Doch keiner dürfe das Gefühl haben, daß einer den anderen über den Tisch zieht.

In der Diskussion um die Frage, wo Werte der bürgerlichen Demokratie liegen, wie weit her es aber mit der freiheitlich demokratischen Grundordnung in der Bundesrepublik tatsächlich ist, wurde herausgearbeitet: Für wirkliche Demokratisierung der Gesellschaft ist erforderlich, dem repräsentativen Charakter der Demokratie stärker plebiszitäre Elemente gegenüberzustellen. Es gelte, sich für Volksentscheide, Volksbefragungen einzusetzen. Damit werde auch die Mitbestimmung der Kommunen tatsächlich ermöglicht.

Demokratie und Rechtsstaatlichkeit seien keine abstrakten Begriffe, an denen man die Menschen messen könne. Umgekehrt wird ein Schuh daraus: Demokratie und Rechtsstaatlichkeit sind daran zu messen, wie sie den Menschen nützen. Und da reiche das Grundgesetz eben nicht aus.

Entschieden setzten sich mehrere RednerInnen in der Arbeitsgruppe Demokratie für die Abschaffung des „Gummi"-Paragraphen 129 a des Grundgesetzes ein. Er diene dazu, unter dem Mantel sogenannter Staatsfeindlichkeit die Disziplinierung von Linken „rechtsstaatlich" durchzusetzen. Erhoben wurde die Forderung, beispielsweise von Ursula Püschel (PDS Berlin), nach einer neuen Verfassung. Des weiteren verlange Demokratisierung der Gesellschaft auch, Schluß zu machen mit der Aufrüstung der Polizei und der Zusammenarbeit zwischen Polizei und Geheimdiensten. Geheimdienste sollten überhaupt aufgelöst werden.

Im Plenum gab es immer wieder kritische Hinweise zum Programmentwurf. Zum Beispiel in Sachen Kultur. Sie sei unterrepräsentiert, wiesen RednerInnen aus Berlin-Ost und aus der BRD nach und forderten, daß diesbezügliche Aussagen ausgebaut werden sollen.

Susi Schwender-Wiese aus Köln wies darauf hin, daß konsequent gegen antisemitische Schmierereien und Propaganda vorgegangen werden muß. Man dürfe jedoch nicht bei der strafrechtlichen Verfolgung stehenbleiben. Dringend geboten sei die Aufarbeitung der Entwicklung des Antisemitismus sowohl in der sozialdemokratischen als auch der kommunistischen Bewegung. Linke können sich davor nicht länger drükken.

### Feminismus-Lackmustest

Heide Knage-Werner aus Bremen begrüßte, daß bereits in der Präambel des Wahlprogramms der Begriff Feminisierung auftauche. Aber man müsse dieses in der DDR noch negativ besetzte Wort auch erklären. So sei Feminisierung nicht die formelle Beseitigung eines Menschheitsgebrechens, sondern eine menschheitsverändernde Herausforderung. Die Umsetzung des feministischen Anspruches in Politik sei ein Lackmustest für die LINKE LISTE/PDS.

Aktiv haben die Jugendverbände im Linken Jugendring an der Erarbeitung des Wahlprogramms teilgenommen, ihren eigenständigen Teil eingebracht. Davon konnte Burkhard Herrmann vor dem Plenum berichten. Bei der Diskussion im Arbeitskreis Kinder und Jugend sind die Hauptansätze der Jugendpolitik noch einmal deutlich genannt worden: Es geht unter anderem um weitreichende, umfassende und gleichberechtigte Mitsprache- beziehungsweise Mitbestimmungsrechte in Schule, Studium, Ausbildung und Freizeit, um Räume und verankerte Förderungsverpflichtungen des Bundes, der Länder und Kommunen für selbstbestimmte, selbstverwaltete Projekte und Jugendverbandsarbeit. Auch Schaffung, Erhalt und Ausbau von kostengünstigen Kinderbetreuungseinrichtungen und Verankerung entsprechender Rechtsansprüche gehören dazu.

### Nachdenklich und rebellisch

Konsens herrschte nach anfänglichen Schwierigkeiten auch im Arbeitskreis, der sich mit Aussagen über das Verhältnis der LINKEN LISTE/PDS zu den Ländern der sogenannten 3. Welt, besser Zweidrittelwelt, befaßte. Hier waren allerdings nur wenige DDR-Vertreter an der Debatte beteiligt. Nachholbedarf ist angesagt in dieser Frage. Deshalb der Vorschlag, in der PDS eine Arbeitsgruppe zu bilden. Als gemeinsamer Anspruch wurde u. a. festgeschrieben, das Unrechtsbewußtsein für die Probleme der Menschen in diesen Ländern zu fördern, ihre selbstbestimmte Entwicklung zu verfechten.

Einen nachdenklichen und zugleich rebellischen Wahlkampf zu führen — darauf einigte sich die Arbeitsgruppe, die über Wahlstrategie beriet. Was andere Parteien „en masse" machen, müssen wir durch Originalität und Vitalität wettmachen, so die einhellige Meinung. Klar wurde, daß man nicht alle Wähler — die in der DDR und die in der BRD — sozusagen in einen Topf werfen kann, sondern daß hier und dort an den Wahlkampf völlig verschiedene Ansprüche gestellt werden. Ja, wir haben eine Chance, sagte einer zum Abschluß. Aber wer Gregor Gysi im Bundestag sehen will, muß ihn auch wählen.